



# Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

88. Ausgabe | März 2024

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

- 1.1 Aufnahme neuer Mitglieder im Landespräventionsrat Niedersachsen
- 1.2 Bericht von der Mitgliederversammlung des LPR am 12.12.2023
- 1.3 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)
- 1.4 Mitteilungen der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)
- 1.5 Informationen aus dem Bereich der kommunalen Prävention

## 2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 2.1 Ressortübergreifende Fachtagung „Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen“ am 11.04.2024
- 2.2 Tagungsankündigung: 13. Tagung in der Reihe zur kommunalen Alkoholprävention am 04. September 2024 in Hannover
- 2.3 Fortbildungsmöglichkeiten für Schulen in 2024
- 2.4 Online Ringvorlesung der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen

## 3. Verschiedenes

- 3.1 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ ist gestartet-Jetzt Fördermittel beantragen!
- 3.2 Start der Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts-und Mandatsträger\*innen des BMI
- 3.3 Neuer Ratgeber für kommunale Amts-und Mandatsträger\*innen von WABE e.V.

**Redaktion:**

Katrin Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

[katrin.baum@mj.niedersachsen.de](mailto:katrin.baum@mj.niedersachsen.de)

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

# 1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

## 1.1 Aufnahme neuer Mitglieder

In der Vorstandssitzung vom 23.11.2023 wurde gem. § 2 Abs. 2 der LPR-Geschäftsordnung beschlossen, die Kooperationsgemeinschaft Nachbarschaftstreff Burgdorf als kommunales Mitglied des Landespräventionsrates Niedersachsen anzunehmen.

## 1.2 Bericht von der Mitgliederversammlung des LPR am 12.12.2023

Am 12.12.2023 fand die jährliche Mitgliederversammlung des Landespräventionsrates Niedersachsen statt.

Themenschwerpunkt der Mitgliederversammlung waren die Ergebnisse der aktuellen Mitte - Studie 2022/23 über "Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Mitautorin Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein hielt dazu einen Vortrag.

Im Anschluss kamen die Mitglieder aus dem kommunalen Präventionsgremien, den landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen und aus den beteiligten Ministerien und Behörden jeweils zu einem internen Austausch zusammen.

### **1.3 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)**

#### **Personelle Veränderungen im Landesdemokratiezentrum (L-DZ)**

Judith Grautstück hat das L-DZ zum 29.02.2024 verlassen.

Seit November 2023 verstärkt Finja Jädtke das L-DZ in der Sachbearbeitung.

Swana Anders ist zum 01.03.2024 mit einem halben Stellenanteil in die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens gewechselt, mit einem weiteren halben Stellenanteil bleibt sie dem L-DZ erhalten.

#### **Neue Fachkräfte zur Ausstiegshilfe und -begleitung im Phänomenbereich Rechtsextremismus ausgebildet**

Zwischen April und November 2023 wurde im Rahmen von sechs zweitägigen Terminen die „Qualifizierungsmaßnahme zur Ausstiegshilfe\*in im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ umgesetzt. Die Qualifizierungsmaßnahme ist praxisnah angelegt. Seit Gründung der professionellen Ausstiegsarbeit wurden aus der Praxis heraus innovative Konzepte und Methoden entwickelt, die sich flexibel an die individuellen Bedarfe und Betreuungssettings anpassen lassen. Und es wurden Erfahrungen und Methoden aus anderen Arbeitsfeldern übertragen. Die berufsbio-graphischen Vorleben der Ausstiegshilfe\*innen bilden sich in der praktischen Ausstiegsbegleitung deutlich ab. Auch das trägt wesentlich dazu bei, ganzheitlich mit den Hilfesuchenden arbeiten zu können. Ausstiegshilfe leistet psychosoziale Beratung, Integrationshilfe, Berufs- und Bildungsberatung. Ausstiegshilfe\*innen sind politisch bildend tätig, und sie helfen Menschen, stigmatisierende und strafrechtlich relevante Tätowierungen entfernen zu lassen. Sie gewähren Unterstützung beim Aufbau neuer sozialer Netzwerke ebenso wie bei der Entwicklung der Persönlichkeiten ihrer Klienten. Ausstiegshilfe\*innen sind Sozialisationsinstanzen für die Beratungsnehmenden. Und nicht zuletzt bemühen sie sich, ihre Klienten den Sanktionen ihrer ehemaligen Szeneumfelder zu entziehen.

Mit der Entwicklung der ‚Qualifizierungsmaßnahme zur Ausstiegshilfe\*in im

Phänomenbereich Rechtsextremismus‘ bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen

die Möglichkeit, die vielfältigen Wurzeln und Erfahrungen der Ausstiegsarbeit systematisch zu erfassen und in einer Ausbildung zusammenzuführen. In der Kombination mit aktuellen wissenschaftlichen Befunden kann eine Ausbildung angeboten werden, die den komplexen Ansprüchen dieses Arbeitsfeldes gerecht wird.

Von der Ausbildung profitieren auch Fachkräfte, die nicht in der Ausstiegsarbeit tätig sind. Polizei, Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie werden wahrscheinlich in vielen Bereichen ihrer Tätigkeitsfelder auf Menschen treffen, die mit rechtsextremen Umfeldern in Kontakt stehen oder im Begriff sind, sich zu radikalisieren. Die Qualifizierungsmaßnahme soll die Teilnehmer\*innen befähigen, Radikalisierungsverläufe zu erkennen, diesen entgegenzuwirken, Abwendungsprozesse zu befördern und mögliche Adressat\*innen individuell und passgenau an die richtigen Beratungsstellen zu vermitteln. Die Ausbildung will die hierzu notwendige Handlungssicherheit für den Umgang mit einer herausfordernden Klientel erzeugen.

Die diesjährige Ausrichtung der Ausbildung war eine Kooperation des Ambulanten Justizsozialdiensts Niedersachsen und des Landespräventionsrates Niedersachsen. 13 Personen absolvierten die Qualifizierungsmaßnahme. Diese teilen sich auf in neun Studierende aus den Bereichen Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie von verschiedenen Hochschulstandorten Niedersachsens, einen Mitarbeiter des Polizeilichen Staatsschutz Niedersachsen und drei Mitarbeiter\*innen der Aussteigerhilfe *Rechts*. Die Ausbildung fand am 18. November ihren Abschluss mit der Übergabe der Zertifikate an die Teilnehmer\*innen. Die Zertifikatsübergabe wurde von Grußworten der Vorstandsvorsitzenden des Landespräventionsrates Niedersachsen, Frau Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, und der Sachgebietsleitung Fachaufsicht Soziale Dienste, Frau Tanja Mundt, begleitet.

### **Veröffentlichung zweier neuer PINs-Podcastfolgen zum Thema „Verschwörungserzählungen in muslimischen Communities!?“**

Im September 2023 sind zwei Podcast-Folgen mit dem Titel „Verschwörungserzählungen in muslimischen Communities!?“ Gespräch mit Tobias Meilicke (Leiter der

Beratungsstelle für Betroffene von Verschwörungserzählungen Veritas Berlin) und Vanessa Walker (freiberufliche Sozial- und Islamwissenschaftlerin). Es wird der Frage auf den Grund gegangen, inwieweit Verschwörungserzählungen in sog. muslimischen Communities sich von anderen Verschwörungserzählungen abheben oder auch nicht. Gleichzeitig wird geschaut, wie ein Umgang im pädagogischen Handeln mit Verschwörungserzählungen aussehen kann. Das Interview liefert außerdem zahlreiche Hintergrundinformationen zum Thema. Alle PINs-Folgen sind als Streaming auf ApplePodcast, Spotify, Soundcloud u.w. Anbieterplattformen zu finden.

### **Förderung von zwei neuen Projekten zur Prävention religiös-begründeter Radikalisierung ab Januar 2024**

AVP e.V. (Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive) setzt das Projekt „EXON - Extremismusprävention Online“ um. Ziel des Projekts ist es, pädagogische Fachkräfte in die Lage zu versetzen mit aktuellen islamistischen Narrativen im Arbeitskontext adäquat umzugehen. Hierzu setzt der Träger insgesamt sechs Online-Fortbildung-Durchläufe um. Die Türkische Gemeinde in Niedersachsen e.V. (TGN) setzt eine „Modulare Workshopreihe für jung-erwachsene Multiplikator\*innen“ in der Jugendarbeit um. Ziel ist es, demokratiefeindliche Tendenzen in der migrantischen Community aufzuzeigen und Strategien und Kompetenzen zu entwickeln, wie diesen entgegengewirkt werden kann. Themen sind hierbei insbesondere Islamismus und türkischer (Ultra-)Nationalismus, Antisemitismus sowie Sexismus. Als Lernmethode wird ein Peer-to-Peer-Education-Ansatz unter pädagogischer Anleitung verfolgt.

Detaillierte Informationen zu beiden neuen Projekten folgen zeitnah unter „Aktuelles“ auf der Webseite des L-DZ ([www.ldz-niedersachsen.de](http://www.ldz-niedersachsen.de)).

Die Projekte „RADIUS – Fach- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit“ (Hildesheim) sowie die Fachstelle „HORiZONT“ in Göttingen haben zum Ende des Jahres 2024 ihre Arbeit eingestellt.

Die regionale Fachstelle „Präsenz“ (Osnabrück) setzt ihre Arbeit der Multiplikator\*innen-Schulungen fort und weitet diese in 2024 weiter in der Region Nord-West/ Weser-Ems

aus. Bei diesbezüglichem Interesse finden sich die Kontaktdaten unter <https://www.diakonie-os.de/angebote/fluechtlingsarbeit-migration/praeventionsnetzwerk-praesenz.html>

### **VüiN-Fachtagung „Hass und Hetze begegnen“ in Kiel**

Der Kooperationsverbund „Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ hat eine **Fachtagung** mit dem Titel **„Gemeinsam Hass und Hetze begegnen – Strategien und Handlungsansätze gegen rechtsextreme Anfeindungen und Angriffe“** am 10. November 2023 in Kiel organisiert. „Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ ist eine bundesländerübergreifende Kooperation der Landespräventionsräte und Landesdemokratiezentren Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein, der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg, der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern|Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz, dem DGB Nord sowie dem Zentrum Demokratische Bildung, angesiedelt bei Arbeit und Leben.

### **Aktivitäten und Neuigkeiten der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus – für Demokratie**

Am 28.11.2023 hat die Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie zu der Online-Veranstaltung **„Ein Jahr nach der Landtagswahl – ein Blick auf extrem rechte Parteien in Niedersachsen“** eingeladen. Dr. Christina-Marie Juen (Universität Oldenburg) und Andreas Speit (Fachjournalist) waren als Referent\*innen zu Gast und haben mit ca. 80 Teilnehmenden diskutiert.

Die Wanderausstellung „Erinnern heißt kämpfen! Zwischen Anerkennung und Vergessen. Todesopfer rechter Gewalt in Niedersachsen seit 1990“ tourt seit der Eröffnung im Frühjahr 2023 auch weiterhin durch verschiedene Orte des Landes. Im Jahr 2024 ist sie



bereits fast komplett ausgebucht. Informationen dazu unter [www.erinnern-heits-kaempfen-nds.de](http://www.erinnern-heits-kaempfen-nds.de)

Erstmals und zunächst einmalig sind mit Landeshaushalt 2024 Mittel in Höhe von 150.000 EUR für die Arbeit der Mobilen Beratung bereitgestellt worden, die dieser zusätzlich zu den Bundesmitteln des Programms „Demokratie leben!“ zukommen.

### **Neuigkeiten der Betroffenenberatung Niedersachsen**

Zunächst einmalig sind im Landeshaushalt 2024 weitere Mittel für die Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Höhe von 150.000 EUR zur Verfügung gestellt worden. Davon werden 70.000 EUR der Betroffenenberatungsstelle in Südniedersachsen (Asyl e.V) zur Verfügung gestellt, welche das unabhängige Monitoring für alle drei Regionalbüros der Betroffenenberatung übernehmen wird. Auch diese Arbeit basiert auf den Standards des Verbandes der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Zudem soll der Träger Asyl e.V. weitere 60.000 EUR an frei gewordenen Mittel erhalten, die für die Beratung von Betroffenen von antimuslimischem Rassismus sowie Communityarbeit zur Verfügung gestellt werden.

### **Eröffnung der Wanderausstellung „Afrotopia Niedersachsen“**

Am 21. November 2023 eröffnete der Träger Schwarze Schafe e.V. seine Wanderausstellung „Afrotopia Niedersachsen“ in einem feierlichen Rahmen in Hannover. Die Ausstellung porträtiert fünf namhafte Schwarze Persönlichkeiten aus Niedersachsen, die ihre individuellen Erfolgsstories darstellen. Durch ihre Perspektive werden Widerstände, Hürden und inspirierende Momente der Selbstbehauptung gegen Rassismus und intersektionale Diskriminierungen sichtbar gemacht. Die Wanderausstellung kann unter [www.afrotopia-nds.de](http://www.afrotopia-nds.de) gebucht werden.

## **Förderaufruf im Bundesprogramm Demokratie leben! für Projekte und Maßnahmen im Bereich „Prävention von Antisemitismus“**

Zivilgesellschaftliche Träger können die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! beim L-DZ im Niedersächsischen Justizministerium beantragen. Es gibt in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen einen erheblichen Bedarf an Information und Bildungsveranstaltungen zu Erscheinungsformen und möglichen Umgangsformen mit Antisemitismus. Daher stellt das Land Niedersachsen Mittel in Höhe von bis zu 145.000 EUR zur Verfügung, um im Jahr 2024 im Bereich der Prävention des Antisemitismus für das Flächenland Niedersachsen geeignete Maßnahmen anzustoßen bzw. zu entwickeln. Zivilgesellschaftliche Träger werden aufgerufen, Anträge einzureichen. Den Förderaufruf mit näheren Informationen sind unter [www.ldz-niedersachsen.de](http://www.ldz-niedersachsen.de) aufzufinden.

Weitere, zunächst einmalig zur Verfügung stehende Mittel aus dem Landeshaushalt 2024 dienen im Bereich der Antisemitismusprävention dem Ausbau der RIAS Niedersachsen, sowie der Fortsetzung der Dialog- und Empowermentarbeit des Landesverbands Israelitischer Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R und der Modulreihe „Wie gehen wir mit Antisemitismus um?“ der Muslimischen Jugendcommunity Osnabrücker Land e.V. (MuJOS).

## **Infoportal Rechtsextremismus veröffentlicht einen Fachaufsatz des Projekts „Distance-Ausstieg Rechts“**

Das Infoportal Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung ist online gegangen. Für das Infoportal hat das zivilgesellschaftliche Ausstiegsangebot „Distance-Ausstieg Rechts“, welches über das Landes-Demokratiezentrum gefördert wird, einen Aufsatz verfasst:

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/542893/tertiaerpraevention-im-kontext-rechtsextremismus/>

## **Start eines neuen Beratungsangebotes für Anhänger\*innen von Verschwörungsideologien**

Abstrus erscheinende Gedankenspiele, irrational anmutende Glaubenssätze, manipulative Fake-News - das sind nur einige Merkmale, die Verschwörungstheorien bzw. -ideologien und ihre Erzähler ausmachen. Doch wie gelingt der Weg aus diesen Zusammenhängen heraus und wer kann ausstiegswilligen Personen dabei helfen? Auf diese und weitere Fragen gibt es nun Antworten durch das zivilgesellschaftliche Projekt „ent-täuscht“, das über das Landes-Demokratiezentrum im Niedersächsischen Justizministerium mit Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert wird.

Das Angebot von „ent-täuscht“ richtet sich an Menschen, die sich in verschwörungsideologischen Kontexten bewegen und aus diesem Umfeld aussteigen wollen. Neben der Beratung der Ausstiegswilligen, nehmen sich die Mitarbeitenden des Ausstiegsprojektes auch solcher Personen an, die ihn ihrem Umfeld auf verschwörungsgläubige Menschen stoßen und bei diesen einen Wunsch zur Veränderung der eigenen Lebenssituation wahrnehmen.

Das Team von „ent-täuscht“ ist postalisch unter der Anschrift „Postfach 5516, 26045 Oldenburg“ per Mail unter [info@ent-taeuscht.de](mailto:info@ent-taeuscht.de) sowie telefonisch unter 0177 141 35 78 zu erreichen. Unter der Webadresse [www.ent-taeuscht.de](http://www.ent-taeuscht.de) finden Betroffene ab sofort auch online Informationen zum Thema Ausstieg aus verschwörungsideologischen Zusammenhängen und dem dazugehörigen Beratungsprozess.

## **Fachaufsatz und Podcast zu ausgewählten Aspekten der Ausstiegsarbeit erschienen**

In der Podcast-Reihe „Rechtsextremismusprävention kompakt“ des Cultures Interactive e. V. ist in der Folge 21 ein Gespräch mit Dr. Stefan Tepper vom Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen zum Thema „Ausstieg und Ausstiegsberatung“ erschienen. Es wird dargelegt, welche Faktoren eine Abwendung vom Rechtsextremismus befördern oder erschweren können und wie sich die Ausstiegsarbeit in Deutschland entwickelt hat. Der

Podcast ist unter anderem bei Apple Podcasts und auf Spotify zu finden. Alle Folgen der Podcast-Reihe stehen auch auf der Website von Cultures Interactive e. V. zum Download bereit: Podcast Rechtsextremismusprävention kompakt

Zudem ist in der aktuellen Ausgabe (>blickwinkel #5) der Fachzeitschrift >blickwinkel des Cultures Interactive e. V. u. a. ein Aufsatz von Dr. Stefan Tepper veröffentlicht worden. In einer kritischen Analyse bisheriger Leerstellen der Ausstiegsarbeit gibt er neue Impulse für die Weiterentwicklung eines auch angesichts des Erstarken des Rechtsextremismus ausgesprochen wichtigen Handlungsfelds. Alle bisher erschienenen Ausgaben des > blickwinkel stehen auf der Website von Cultures Interactive e. V. zum Download bereit.

## **Beratungsnetzwerk**

Am 22.02.2024 führte das L-DZ ein Treffen des niedersächsischen Beratungsnetzwerks durch. Dabei diskutierten die Mitglieder gemeinsam mit dem Fachjournalisten und Autor Andreas Speit u.a. über das Thema „Neurechte Perspektiven auf Flucht und Migration“. Das Beratungsnetzwerk besteht aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die sich zweimal jährlich über Rechtsextremismus austauschen und die verschiedenen Fachexpertisen einfließen lassen.

## **Partnerschaften für Demokratie**

Im Februar fand das insgesamt 18. Vernetzungstreffen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! statt. Hierzu werden zweimal pro Jahr alle 26 beteiligten Kommunen Niedersachsens nach Hannover eingeladen.

*Aus dem Umfeld L-DZ/LPR:*

## **Durchführung des 8. Fachaustausch von Ausstiegsberater\*innen in den Räumen des Landespräventionsrates Niedersachsen**

Am 13. und 14.02.2024 lud der Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium zum 8. „Praxis und Erfahrungsaustausch der behördlichen und zivilgesellschaftlichen Aussteigerprogramme für Rechtsextremist\*innen in Bund und Ländern“ (PEARBL). Dieser Einladung folgten 38 Personen aus 13 Bundesländern sowie dem Bund. Insgesamt waren neun Aussteigerprogramme in behördlicher und zehn in freier Trägerschaft sowie der Dachverband der zivilgesellschaftlich organisierten Ausstiegsarbeit vertreten. Der vom niedersächsischen Justizministerium initiierte Fachaustausch findet seit 2015 statt. Er hat sich zu einer festen Größe und Institution von bundesweiter Bedeutung entwickelt.

Die Dynamik rechtsextremer Szenen ist eine erhebliche Herausforderung für die Ausstiegsarbeit. In den vergangenen Jahren und verstärkt noch einmal während der Corona-Pandemie traten u. a. Gruppen wie Verschwörungsgläubige, sogenannte Querdenker und Reichsbürger stärker in Erscheinung. Diese Gruppen besitzen zum Teil personelle und ideologische Schnittmengen mit rechtsextremen Szenen und geraten daher auch zunehmend in den Fokus von Ausstiegsbegleitung. In den vergangenen Auflagen des Fachaustausches wurden u. a. die Auswirkungen der Pandemie auf die Ausstiegsarbeit, Verschwörungserzählungen sowie Möglichkeiten der Ausstiegsberatung im Zusammenhang mit der sog. Anastasia-Bewegung diskutiert.

Der diesjährige Fokus lag auf der sogenannten Reichsbürger-Bewegung. Die Reichsbürgerideologie verbindet u. a. staats- und demokratiefeindliche, antisemitische, völkische, verschwörungsideologische und esoterische Elemente miteinander. Die anwesenden Praktiker\*innen verschafften sich durch einen Vortrag von Prof. Dr. Andrea Kretschmann (Leuphana-Universität Lüneburg) tiefere Einblicke in das Phänomen der sogenannten Reichsbürger. Ihr Vortrag aus rechtssoziologischer Perspektive bildete die Grundlage, auf der unter Rückgriff auf die versammelte Expertise der Beratungspraxis Ideen diskutiert wurden, Menschen aus diesem Spektrum für einen Ausstieg zu gewinnen

und ihnen ein Ankommen in der demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die ideologische, personelle und organisatorische Heterogenität der sog. Reichsbürgerbewegung eine besondere Herausforderung für die Ansprache und Beratung von Klient\*innen aus diesem Milieu darstellt. Die Konzepte der Ausstiegsberatung entsprechend weiterzuentwickeln ist eine Aufgabe, der sich die Praktiker\*innen zu widmen haben.

**Alle neuesten und früheren Meldungen des Landes-Demokratiezentrams finden sich fortlaufend auf [www.ldz-niedersachsen.de](http://www.ldz-niedersachsen.de)**

#### **1.4 Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)**

##### **Neues Programm zur Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention im Jugendalter**

An sieben niedersächsischen Schulen wird erstmals ein wissenschaftsbasiertes Präventionsprogramm zur Förderung einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Werthaltung bei Jugendlichen erprobt. Das Programm heißt **„Bleib menschlich“** und ist gedacht für Schülerinnen im Alter von 13-15 Jahren. Es wurde von der Universität Jena auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der entwicklungsorientierten Radikalisierungsprävention konzipiert und soll vorzugsweise im Regelunterricht der 8. Klasse eingesetzt werden. Das Programm besteht aus sechs Modulen, in denen die pädagogischen Kräfte mit Schulklassen zu Schwerpunktthemen ihrer Sozialentwicklung arbeiten. Dabei werden Fragen der Identität und der sozialen und moralischen Fähigkeiten behandelt, es geht um Vorurteile, Ideologie, Propaganda, und es werden Menschenrechte, demokratische Werte, Courage und Empowerment thematisiert. Zurzeit erfolgt eine Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften aus sieben Pilotschulen mit 27 Klassen aus unterschiedlichen Schulformen. An ihren Schulen wird **„Bleib menschlich“** im Frühjahr 2024 gestartet und evaluiert. Das Präventionsprogramm wird

mit Mitteln des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte gefördert und in Kooperation mit dem Kultusministerium und den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung in der Praxis getestet.

### **Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung Niedersachsen**

Am 17.11.2023 hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Antidiskriminierungsberatung gegründet. Sie ist aus der landesweiten Qualifizierung, Förderung und fachlichen Vernetzung von Berater\*innen durch die Koordinierungsstelle des Landesprogramms hervorgegangen. Die LAG wird derzeit aus Mitteln der Bundesantidiskriminierungsstelle gefördert. Zu den sieben Gründungsorganisationen gehören: amfn e.V.; Antidiskriminierungsstelle Braunschweig; Antidiskriminierungsbüro der Stadt Osnabrück; diversu e.V. Lüneburg; Gleichstellungsbüro der Stadt Göttingen; IBIS e.V. Oldenburg; klugeGÖREN gGmbH Braunschweig. Weitere 20 Fach- und Beratungsstellen freier Träger und Kommunen haben, den im Jahr 2021 begonnenen Entwicklungsprozess hin zur LAG begleitet und unterstützt.

Die LAG will durch Übernahme von Querschnittsaufgaben wie der Entwicklung und Erprobung einer gemeinsamen Dokumentationsstruktur, eines Rechtshilfefonds oder der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie den fachlichen Austausch und Weiterbildung die Beratungsstellen vor Ort unterstützen.

#### **Ansprechpersonen für Rückfragen:**

Thomas Müller

Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Tel.: 0511 1208723

Mail: [thomas.mueller@mj.niedersachsen.de](mailto:thomas.mueller@mj.niedersachsen.de)

Kirsten Minder

Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Tel.: 0511 1208721

Mail: [kirsten.minder@mj.niedersachsen.de](mailto:kirsten.minder@mj.niedersachsen.de)

## 1.5 Mitteilungen aus dem Bereich der Kommunalen Prävention

### Niedersächsischer Preis für kommunale Prävention

Zur Förderung und Würdigung der Kommunalen Prävention lobt der Landespräventionsrat Niedersachsen gemeinsam mit der Stüllenberg-Stiftung einmal jährlich einen Preis für kommunale Prävention aus.

Die Zielgruppe hierfür sind die Mitglieder des LPR aus dem Bereich der kommunalen Präventionsgremien. Die Verleihung des Preises soll das vorhandene Engagement in den Kommunen anerkennen, die Öffentlichkeitswirkung für die kommunale Prävention erhöhen und die mit dem „gemeinsamen Wirken“ verbundenen Standards für kommunale Prävention stärken. Bis zu drei gleichberechtigte Preise werden in jeder Runde von einer unabhängigen Jury vergeben. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in der Höhe von jeweils 5.000 Euro verbunden.

Am 16. Januar 2024 fand die Verleihung des Preises zum zweiten Mal statt. Diesmal wurden die Präventionsgremien der Landeshauptstadt Hannover und der Gemeinde Rastede ausgezeichnet. Die Präventionsgremien bekamen im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung den Preis von der Niedersächsischen Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann überreicht.

Die Ausschreibung und Verleihung des 3. Preises ist im Rahmen der Veranstaltungen zum 30-jährigen Jubiläum des LPR in 2025 geplant.



## Bestandaufnahme der Kommunalen Präventionsgremien in Niedersachsen

Dem LPR ist es ein wichtiges Anliegen, die Arbeit seiner kommunalen Mitglieder bestmöglich zu unterstützen. Hierfür ist es wichtig, sowohl die aktuellen Ansprechpersonen als auch einige weitere Informationen zu dem Gremium zu kennen. Bei rund 200 kommunalen Gremien ist das durchaus eine Herausforderung. Wir bitten daher alle kommunalen Präventionsgremien, sich einen kleinen Moment Zeit zu nehmen und einen kurzen Fragebogen auszufüllen. Der Link zu der Befragung ist vor einigen Tagen an alle Kontaktpersonen gegangen, die beim LPR bekannt sind. Wenn Sie für ein kommunales Präventionsgremium verantwortlich sind und keine Mail erhalten haben, melden Sie sich bitte bis zum 15. März 2024 bei [katrin.baum@mj.niedersachsen.de](mailto:katrin.baum@mj.niedersachsen.de) in der LPR – Geschäftsstelle.

### **Ansprechpersonen für Rückfragen:**

Frederick Groeger-Roth

Kommunale Prävention

Tel.: 0511 1208727

Mail: [frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de](mailto:frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de)

## 2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

### 2.1 Ressortübergreifende Fachtagung „Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen“ am 11.04.2024

Die Entwicklung der Kinder- und Jugendgewalt ist seit einiger Zeit ein Thema, das in der Politik, den Medien, bei pädagogischen Fachkräften, der Polizei und Justiz sowie der Bevölkerung sehr präsent ist. Wie kann und sollte die Gesellschaft auf dieses Phänomen reagieren? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen zu vermitteln, die ihnen ein erfolgreiches, gewaltfreies Leben ermöglichen? Um diese Fragen und weitere Impulse mit Ihnen zu diskutieren, laden vier Ministerien zum einem gemeinsamen Fachtag "Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen" ein. Dieser Fachtag zeichnet sich durch einen besonderen Fokus auf den fachübergreifenden Praxisaustausch aus und bietet eine einzigartige Gelegenheit zur Diskussion von Schnittstellen im Bereich der Gewaltprävention. Im Mittelpunkt des Tages wird die Podiumsdiskussion mit den vier Minister\*innen des Kultus-, Innen-, Justiz- und Sozialministeriums, der Vorsitzenden des Landespräventionsrates sowie Jugendlichen sein. Diese Diskussion verspricht spannende Einblicke und Perspektiven zu den verschiedenen Aspekten der Gewaltprävention.

Die Veranstaltung findet statt am 11. April 2024, 10.00 – 16.00 Uhr im Median Hotel Hannover Lehrte. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten von Ort ist eine Anmeldung in Präsenz leider nicht mehr möglich. Allerdings wird eine digitale Teilnahme mit einer angepassten Tagesordnung angeboten. Per Livestream wird der Eröffnungsvortrag und die Podiumsrunde übertragen, zugleich beinhaltet das Online – Programm gesonderte Fachvorträge. Die Anmeldung für die digitale Teilnahme kann ab dem 07. März 2024 über das niedersächsische Lerncenter NLC (<https://nlc.info/>) erfolgen. Ein detaillierter Ablaufplan inkl. Vorträgen und Workshops wird Ihnen nach Anmeldeschluss zugesandt.

## 2.2 Tagungsankündigung: 13. Tagung in der Reihe zur kommunalen Alkoholprävention am 04. September 2024 in Hannover

Der LPR führt gemeinsam mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt (NLJA), der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS), der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) und der Landesvereinigung für Gesundheit / Akademie für Sozialmedizin (LVG&AFS) eine Veranstaltungsreihe zum Thema "Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention" durch. Die 13. Tagung in der Reihe wird das Schwerpunktthema „Vernetzung und Kooperation in der kommunalen Alkoholprävention haben und findet am 04.09.2024 in der Akademie des Sports in Hannover statt. Ein Veranstaltungsflyer mit dem Programm folgt in Kürze.

## 2.3 Fortbildungsmöglichkeiten für Schulen in 2024

Wir möchten Sie auf die folgenden kostenlosen Seminare seitens der Gemeindeunfallversicherung (GUVH / LUKN) hinweisen.

Die ersten beiden Seminare finden in Zusammenarbeit mit dem LPR im Rahmen des Kooperationsverbundes „WIRkt!“ statt:

**Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) „Basismodul“:**

<https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/1350.php>

**Ganztagschule** sicher gestalten:

<https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/7115.php>

**Selbststeuerung** lernen und lehren:

<https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/7415.php>

Gesundheitsförderung durch die bewusste Reflexion und **Gestaltungspädagogischer Beziehungen** in der Schule: <https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/7417.php>

**Mit der Gruppendynamik das Klassenklima gestalten:**

<https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/7416.php>

**Umgang mit Konflikten in der Schule:**

<https://www.guvh.de/praevention/seminare/Seminare-Beschreibungen/7411.php>

## 2.4 Online-Ringvorlesung der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen

Die Nds Landesstelle für Suchtfragen bietet eine Online Ringvorlesung zum Thema „Zentrale Konzepte und Modelle“ für Fachkräfte Suchtprävention und Interessierte an. Es handelt sich dabei um 7 Veranstaltungen im Zeitraum 12. April bis 14. Juni 2024, die freitags von 09:15-10:45 Uhr, stattfinden. Professor\*innen von unterschiedlichen Hochschulen in Deutschland beschäftigen sich hier mit verschiedenen Aspekten von Suchtprävention-von der Grundlagenforschung bis zu spezifischen Fragestellungen und Projekten. Im Rahmen der Ringvorlesungen können Professor\*innen Praktiker\*innen an ihrem Wissen teilhaben lassen. Neuere Fachkräfte können ihr Wissen vertiefen und erfahrenere Fachkräfte ihr Wissen „updaten“.

Weitere Informationen dazu finden Sie unter : [Online-Ringvorlesung: Suchtprävention – zentrale Konzepte und Modelle - Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen \(nls-online.de\)](https://www.nls-online.de)

## 3. Verschiedenes

### 3.1 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ ist gestartet-Jetzt Fördermittel beantragen!

Am 12. Februar 2024 hat der Wettbewerb "Gute Nachbarschaft 2024" im Rahmen der Modellförderung Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement begonnen. Gesucht werden innovative Projekte zur Förderung der Integration und der Teilhabe in städtischen und ländlichen Gebieten mit besonderen sozialen, demografischen sowie integrativen Herausforderungen.

Am Wettbewerb teilnehmen können Gemeinden, Samtgemeinden, Landkreise, juristische Personen des privaten Rechts, deren Zweck vorrangig nicht auf eine wirtschaftliche Tätigkeit gerichtet ist (z.B. gGmbH, gUG) sowie Verbände der Wohlfahrtspflege, kirchliche Organisationen und Kammern. Das Land Niedersachsen stellt im Jahr 2024 insgesamt drei Millionen € für die Förderung zur Verfügung.

Anträge können noch bis zum 04. April 2024 gestellt werden. Die Auslobung und alle Informationen zur Antragstellung finden Sie auf [www.gwa-nds.de](http://www.gwa-nds.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit sich zu registrieren oder anzumelden und online das Antragsformular auszufüllen.

### 3.2 Start der Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger\*innen des BMI

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat den offiziellen Start der bundesweiten Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen verkündet. In Berlin übergab sie dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) den Förderbescheid bis zu einem Höchstbetrag von einer Million Euro. Die Ansprechstelle soll bedrohte und angefeindete kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen beraten und dazu beitragen, die Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung zu verbessern.

Hintergrund der Initiative sind Anfeindungen und Übergriffe gegen kommunal Aktive, die besorgniserregend zugenommen haben. Das DFK wird nun mit Hochdruck daran arbeiten, die Ansprechstelle aufzubauen. Ziel ist es, in der zweiten Jahreshälfte für Betroffene und Interessierte erreichbar zu sein und die Arbeit aufzunehmen.

Die Ansprechstelle geht zurück auf Empfehlungen der Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger\*innen. Diese wurde im Jahr 2022 als ein Teil des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus des Bundesinnenministeriums ins Leben gerufen. Der Allianz gehören die kommunalen Spitzenverbände, die kommunalpolitischen Vereinigungen, kommunalpolitisch Tätige sowie zuständige Behörden und gesellschaftliche Organisationen an.

Weitere Informationen dazu finde Sie hier: [BMI - Presse - Start der Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger \(bund.de\)](#)

### **3.3 Neuer Ratgeber für kommunale Amts-und Mandatsträger\*innen von WABE e.V.**

WABE e. V. stellt eine neue Handreichung „Bedrohungen im Amt – Ein Ratgeber für kommunale Amts- und Mandatsträger:innen“ vor, die im Rahmen des Projekts **Plan KiK Kooperativ in der Kommune** erstellt wurde.

Auf 12 Seiten bietet der Ratgeber eine grundsätzliche Einordnung von möglichen Bedrohungsszenarien, um anschließend in einem weiteren Kapitel Handlungsoptionen für Betroffene vorzustellen. Dazu gehören Strategien zur Prävention und Empfehlungen zum Verhalten während bedrohlicher Situationen. Da Bedrohungen sowohl digital als auch analog erfolgen, wird beides thematisiert. Zusätzlich wird auf weiterführende Literatur verwiesen. Zugleich ermutigt das Heft dazu, sich nicht durch Hass und Hetze im demokratischen Engagement einschränken zu lassen, sondern selbst aktiv zu bleiben und sich mit Betroffenen solidarisch zu zeigen.

Hass und Gewalt gibt es in vielen Erscheinungsformen wie Hasspostings in den sozialen Medien, Anfeindungen an Wahlkampfständen, Drohbriefe, Sachbeschädigungen und sogar physische Angriffe. Dass aus Worten Taten werden können, zeigt der rechtsterroristisch motivierte Mord am ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Jahr

2019. Der heimtückischen und aus rassistischen Beweggründen verübten Tat gingen mehrere „Shitstorms“ in den sozialen Netzwerken voraus, weshalb auch digitale Gewalt als eine ernsthafte Bedrohung einzustufen ist.

Das Heft wurde finanziert durch WABE aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und des Landespräventionsrats Niedersachsen. Es kann kostenlos bestellt werden beim WABE e.V. unter E-Mail: [info@wabe-info.de](mailto:info@wabe-info.de) oder Telefon 04231/12-457. Der Ratgeber steht zudem unter [www.wabe-info.de](http://www.wabe-info.de) online als PDF-Datei zur Verfügung.

**Redaktion:**

Katrin Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

[katrin.baum@mj.niedersachsen.de](mailto:katrin.baum@mj.niedersachsen.de)

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.